

presse

Bundesregierung muss endlich Frauenquote festlegen

Anlässlich einer Umfrage der Wirtschaftswoche zur Zielerreichung einer Frauenquote von 30 Prozent bis 2015 erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Ohne gesetzliche Regelungen wird die Wirtschaft den Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten in den nächsten Jahren nicht erhöhen. Die Bundesregierung muss endlich mit dem Hickhack aufhören und im Interesse der Frauen und der Wirtschaft eine gesetzliche Frauenquote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände einführen.

Eine Umfrage der Wirtschaftswoche unter deutschen Personalberatern hat ergeben, dass die Unternehmen bis 2015 einen Frauenanteil von 30 Prozent weit verfehlen werden. Wer weiterhin auf Freiwilligkeit setzt, so wie Bundesfrauenministerin Schröder und auch Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, versperrt den Frauen den Weg in die Führungsetagen. Das ist sowohl unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten als auch aus wirtschaftlicher Sicht mehr als unvernünftig.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher weiterhin eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent Frauen für Aufsichtsräte und Vorstände.